



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT No. 260, AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE POSTMASTER A. S. DUNLAP, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang. Omaha, Nebr., Mittwoch, den 14. April 1920 8 Seiten—No. 27

Reichskanzler Müller flagt Frankreich an

Schauptet, daß es allen Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühls bar ist; Einmarsch in's Ruhr-Gebiet war nötig

Millerand verteidigt Frankreich's Standpunkt

Berlin, 14. April.—Bei Eröffnung des Reichstags hielt Reichskanzler Müller eine Rede, in welcher er darauf verwies, daß Frankreich durch die Verletzung des Versailler Vertrags die Willkür in die Welt gebracht und die Welt in die Gefahr der Revolutionen versetzt hat.

„Der französische Militarismus hat Fortschritte gemacht“, sagte der Reichskanzler, „denn General Millerand ist in der französischen Universität einquartiert und steht vor Goethe's Haus.“

Müller kam dann auf die Ereignisse im Ruhrgebiet zu sprechen und verwies darauf, daß die Entsendung regulärer Truppen nach jenem Gebiet zwecks Unterdrückung der Revolution ein Akt der Notwendigkeit sei. „Wir erklären vor der ganzen Welt“, sagte er, „daß Deutschland kein anderer Weg offen stand, wollte es sich vor vollständiger Ruin bewahren. Wir erheben gegen Frankreichs Handlungsweise förmlichen Protest; sie ist ein Verstoß auf alle und jeden Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl, zu welchem jeder der Besiegte berechtigt ist.“

Der Kanzler gab zu, daß deutsche Truppen ohne die Zustimmung Frankreichs in das Ruhrgebiet einrückten; der Einmarsch in das Ruhrgebiet sei erfolgt, um die Industrie der Nation zu schützen. Er stellte in Abrede, daß diese Maßnahme der Regierung von Militaristen beeinflusst worden sei.

Millerand spricht zu Deputierten

Paris, 14. April.—(Von Henry Wood, Korrespondent der United Press.) Premier Millerand erklärte in der Deputiertenkammer, daß sowohl die alliierte Militärkommission als auch die deutschen Einwohnern des Ruhrgebiets der Entsendung deutscher Truppen opponierten. Diese Maßnahmen Deutschlands waren notwendig und gefährlich, sagte der Premierminister, indem er die Verletzung des Versailler Vertrags verteidigte.

„Nachdem Frankreich für die Unantastbarkeit der Bestimmungen des Friedensvertrags eintrat“, sagte Millerand, „hat es nicht nur seine eigenen, sondern auch die Interessen anderer Völker gewahrt. Wir sind darauf stolz, daß das edle Belgien dieses eintritt und sofort für uns Partei nahm. Dessen Handlung hat unsere Liebe und Dankbarkeit zu ihm nur noch erhöht.“

„Ich habe mich glücklich mitteilen zu können, daß die französische und britische Regierungen ein Uebereinkommen getroffen haben, unter welchem beide die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens bei Lösung aller noch schwebenden internationalen Fragen erkennen.“

Wölferla muß anerkannt werden

Berlin, 14. April.—Es liegt klar zu Tage, daß Jedermann in Deutschland auf die Anwendung der Bestimmungen des Völkerbundabkommens besteht. Dr. Bernhard Dernburg erklärt in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“, Frankreich müsse aus Neue den Völkerbund anerkennen, da sonst dieses Abkommen gebrochen werden würde. Dernburg vertritt den Standpunkt, daß laut den Artikeln 11 und 12 des Völkerbundabkommens die Mitglieder gehalten sind, Fragen, die möglicherweise zu einem Krieg führen könnten, dem Rat des Bundes zur schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten.

General De Metz lenkt ein

Paris, 14. April.—Wie aus Mainz gemeldet wird, hat General De Metz, der Befehlshaber der französischen Okkupationsstruppen in Frankfurt, die Strafe von 10,000 Worten.

Gouverneur Lowden siegt in Illinois

Die Stärke Johnson's, der nicht auf dem Ballot steht, die Ueberzeugung des Tages.

Chicago, 14. April.—Illinois hat sich für Lowden entschieden. Die fast vollständig bekannten Wahlergebnisse der gestrigen Wahlen geben dem Gouverneur Frank Lowden eine Mehrheit von 66,731 Stimmen über den General Leonard Wood als republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Die noch ausstehenden Ergebnisse von 333 Bezirken im Staate werden vielleicht die Mehrheit des Gouverneurs auf 75,000 bringen.

Die demokratische Lage ist verworren. Da keine Namen auf die Wahllisten gedruckt waren, wurden eine Menge von Namen eingeschrieben, einige saule Biß auf Kosten guter Freunde und getreuer Nachbarn. Alle „hoffnungsvollen“ Demokraten waren betreten, aber die Zusammenstellung ist nicht weit genug fortgeschritten, um den Vorzugskandidaten erkennen zu lassen.

Johnson beachtet den Faktor

Zwei Umstände trugen dazu bei, die Wahl interessant zu machen. Einmal hatte Wood in Cook County (Chicago) einen entscheidenden Vorsprung vor Lowden, wo er 105,877 Stimmen zu Lowdens 78,344 erhielt. Die zweite Ueberlegung war die große Zahl der für den Senator Johnson von California abgegebenen Stimmen, obgleich dieser nicht auf den Wahllisten verzeichnet ist.

Einmal hatte Wood in Cook County (Chicago) einen entscheidenden Vorsprung vor Lowden, wo er 105,877 Stimmen zu Lowdens 78,344 erhielt. Die zweite Ueberlegung war die große Zahl der für den Senator Johnson von California abgegebenen Stimmen, obgleich dieser nicht auf den Wahllisten verzeichnet ist.

„Auf der Basis der Vorzugsabstimmung erhält Lowden 35 von den 58 Deputierten des Staates, Wood 14 und Johnson 1. Die übrigen acht werden in der Staatsabstimmung ermittelt werden.“

Thomson siegt in Chicago

In Chicago war Mayor W. S. Thomson in dem Kampf für Warden Komitien siegreich. Seine Anhänger zählten 34 von 35 Sigen. Durch diese Wahl wird seine Stellung in der Partei bedeutend gestärkt. Außerhalb Cook County war die Beteiligung geringer als man erwartet hatte. Die Frauen spielten keine hervorragende Rolle.

Sen. Hiram Johnson's Rede in Lincoln

Lincoln, Nebr., 14. April.—Senator Hiram Johnson sprach hier vor einer großen Jubelversammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Volk bei den kommenden Präsidentschaftswahlen am 20. April hinter ihm stehen werde. „Die Verfassung“, sagte er, „ist die Grundlage unserer Freiheit, und wir müssen uns dafür einsetzen, daß sie nicht durch die Unwissenheit und die Unwissenheit der Wähler verletzt wird.“

Polen melden Sieg über Bolschewiki

Warschau, 14. April.—Der polnische Generalstab meldete gestern einen großen Sieg über die Bolschewiki an der südöstlichen Front. Nach mehrstündigen Kämpfen wurde eine große Anzahl von Bolschewiki getötet und über 20 Maschinengewehre sowie andere große Kriegsgüter in die Hände der Polen gebracht.

Acht amerikanische Matrosen ertrunken

Savanna, 14. April.—Dem kubanischen Kriegsdepartement zufolge erfolgte in einer amerikanischen Dampfschiffahrt, in welcher sich acht Matrosen befanden, eine Explosion und sie gingen unter. Die Insassen fanden ihren Tod. Alle Einzelheiten über das Unglück fehlen; auch vermochte man nicht in Erfahrung zu bringen, zu welchem Schiffe die Dampfschiffahrt gehörte.

Offizielle Ernennungen

Washington, 14. April.—Senator Burton von Ohio ist zum Mitglied der Tarifkommission und M. J. Wilson von Wisconsin ist zum Mitglied des Schiffsbaus ernannt worden.

Streifenwagen in Irland

Dublin, 14. April.—Seute kam es hier infolge des allgemeinen Streiks zu Unruhen; ein Streifenwagen wurde in der Camden Straße erschossen.

Martens dem Justizamt überwiesen

Washington, 14. April.—Der Fall des Sozialisten L. C. A. Martens wurde dem Untersuchungskomitee des Senats als „mehr für die Untersuchung und das Handeln“ des Justizdepartements geeignet, übergeben und der Bericht des Komitees dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten übergeben.



General-Major W. C. Gorgas, der frühere General-Kommandant des 2. Regiments der Kavallerie, hat einen Kontrakt mit Peru geschlossen, unter welchem er gegen eine jährliche Vergütung von \$15,000 die Herbeiführung jantärer Zustände in der südamerikanischen Republik unternimmt.

Mittel-Europas Hunger und Friedensfrage

Washington, 14. April.—Eine der bemerkenswertesten Reden im Verlaufe der Debatte über die Friedensresolution im Repräsentantenhaus hielt der demokratische Abgeordnete von Massachusetts Gallivan, der für die Resolution eintrat und unter anderem folgendes sagte:

„In Deutschland, Österreich, Ungarn und Rußland gibt es hundert Millionen von kleinen Kindern, die vor dem Hunger sterben, und die Mütter weinen unter den Qualen der Hunger- und Kälte. In diesen Ländern sind die Amerikaner nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Teilnehmer an diesem grauenhaften Schauspiel.“

„Auf der Basis der Vorzugsabstimmung erhält Lowden 35 von den 58 Deputierten des Staates, Wood 14 und Johnson 1. Die übrigen acht werden in der Staatsabstimmung ermittelt werden.“

Der Preis der Schuhe wird untersucht

Washington, 14. April.—Vor einigen Tagen behauptete einer der Senatoren ein heftiges Schuhschwarzhandel. Der Verkäufer wollte ihm zwanzig Dollar für ein Paar Schuhe abnehmen. Daraufhin fragte er bei den Fabrikanten an, wieviel der Händler für die Schuhe bezahlt habe, und es wurde ihm der Betrag, acht Dollar, Senator McNary erhielt von der Bundes-Handels-Kommission ein Schreiben, aus welchem hervorgeht, daß die Kleinhandler bis zu hundert Prozent an Schuhen verdienen. Jetzt wird eine Untersuchung geführt.

Pufffoot Johnson auf der Heimreise

London, 14. April.—Pufffoot Johnson ist am Mittwoch nach den Vereinigten Staaten abgedampft, nachdem er seine Waischaft einer Reihe von Phonograph Platten angetraut hat, die in seiner Abwesenheit für ihn reden werden. Er hält seine Anwesenheit in den Vereinigten Staaten für notwendig, um die Auslieferung von Bier und Wein zu verhindern. Er kehrt als britischer Propagandist heim, der überflüssig von Beteuerungen der britischen Freundschaft für die „älteste Tochter.“

Boindexter Kandidat in Oregon

Salem, Ore., 14. April.—Der Bundes Senator Miles Boindexter hat seinen Namen als Kandidat für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten für die Vorwahlen in Oregon eingereicht.

Soldatenmörder muß hängen

Prescott, Ariz., 14. April.—Ridgdon Martin, der am 29. März schuldig befunden wurde, den Kriegsveteranen A. de Steunder von der kanadischen Armee, dessen halbverbrannte Leiche in der Wüste bei Yuma, Arizona, gefunden wurde, ermordet zu haben, wird am 25. Juni gehängt werden.

Mexik. Bundestruppen rücken gegen Sonora vor

Carranza's General sendet Ultimatum; Rebellen rufen zum Widerstand.

Agua Prieta, Sonora, 14. April.—Die Staatsbeamten von Sonora haben ein Ultimatum des Generals Dieguez, des Carranza's Befehlshabers im nördlichen Mexiko erhalten, in welchem er sie in Kenntnis setzt, daß er mit einer Truppenmacht in Sonora einfallen werde, die hinreichend sei, die Rebellion niederzuwerfen. Gestern abend sind 800 Mann Bundestruppen in Juarez angekommen. General Plant, der Unterbefehlshaber der Truppen Sonoras, hat sich nach Agua Prieta begeben, wo man den ersten Angriff der Bundestruppen erwartet. Man plant den Pulpitio Pass, durch welchen die Bundestruppen vorrücken müssen, zu besetzen. Es wird mehrere Tage dauern, ehe Carranza's Scharen den schwierigen Berg- und Wäldern von 200 Meilen zwischen Casas Grandes und Agua Prieta zurücklegen können.

Regierung wird durchgreifen

Stad Mexiko, 14. April.—Die Legislatur von Sonora und andere Führer der revolutionären Bewegung werden von der Regierung als Rebellen behandelt werden und es wird sofort gegen sie vorgegangen werden, erklärt eine amtliche Bekanntmachung.

General Dieguez, der Befehlshaber der mexikanischen Nordarmee, wird hier von Guadaluajara für eine Konferenz mit Carranza über einen Feldzugsplan erwartet. Der treue Gouverneur Carranza von Nieder-Californien ist nach Mexiko berufen worden.

Eine Bewegung zur Anknüpfung von Unterhandlungen wurde von einflussreichen Bürgern Sonoras, die sich in der Hauptstadt aufhalten, eingeleitet. Unter diesen spielt der in den Vereinigten Staaten weitbekannte frühere Finanzagent Basquero die Hauptrolle. Hier hat Carranza um eine Audienz ersucht, um den Vorschlag zu machen, den Gouverneur von Sonora zum Präsidenten von Konventionen zu ernennen, die nach Mexiko zu reisen. Man will die Regierung zu überreden versuchen, Bundestruppen von Sonora fern zu halten, bis sie dort gebraucht werden. In dieser Hinsicht glaubt man, die Sezessionsbewegung in Sonora rückgängig zu machen.

Von anderer Seite wird vorgeschlagen, die Vermittlung des Obergerichts anzunehmen.

Amerikanische Petroleum-Gesellschaften halten große Konventionen in Sonora. Man glaubt nicht, daß diese durch den Regierungswechsel in Mexiko beeinträchtigt werden; dennoch hat der General Carranza, der Befehlshaber in der neuen Republik, mexikanischer Handelsminister war, als die Konventionen erteilt wurden.

Ernte-Aussichten nicht sehr günstig

Washington, 14. April.—Der Vorschlag für die landwirtschaftliche Produktion im laufenden Jahre, der von dem Landwirtschaftsdepartement veröffentlicht wurde, ist nicht besonders günstig. Man macht den ungewöhnlich strengen Winter, die ungünstigen Wetterverhältnisse während der Zeit der Aussaat und auch die heftige Flutge für bedauerlich. Man schätzt, daß die Ernte in diesem Jahre etwa 483,617,000 Bushel Wintergetreide betragen wird, während im letzten Jahre 731,636,000 Bushel geerntet wurden.

In den großen Winterweizen-Gezeiten sind die Aussichten wenig erfreulich. Im letzten Herbst konnten nur 38,770,000 Aker mit Weizen besät werden, während im Herbst 1918 die Zahl der besäten Aker 42,301,000 betrug.

Fremde Offiziere auf U. S. Schulen

Washington, 14. April.—Lateinamerikanische Republiken mit Einfluß Mexikos haben das Staatsdepartement benachrichtigt, daß sie die Einladung der Ver. Staaten, Offiziere ihrer Armeen auf die Armeedienstschulen der U. S. zu senden, angenommen haben. Die fremden Offiziere werden im September eintreffen. Es sind vier von Mexiko, 15 von Nicaragua, 3 von Guatemala, 7 von Columbia, 5 von Venezuela, 4 von Ecuador, 7 von Chile, 5 von Peru und 3 von Bolivien.

Weichenstellerstreik geht in die Brüche

Es wird erwartet, daß derselbe bis Samstag abgetan sein wird; die Regierung wird gegen die Führer desselben vorgehen

Bahngesellschaften-Verluste betragen Millionen

Chicago, 14. April.—Es wird erwartet, daß die Regierung binnen kurzem ein Stoppstreik auf Bahnen einstellt, um die Lage in den Bahnhöfen besser zu machen. Die Regierung hat sich noch in dem New York District, wo nur eine geringe Zahl Streiker die Arbeit wieder aufgenommen hat, freiwillige Versehen dort den Dienst in den Bahnhöfen.

Ein Komitee der streikenden Weichensteller in Cleveland hat sich nach Washington begeben, um mit der neuen Eisenbahn-Ärbeiterbehörde Rücksprache zu nehmen. Heute vormittag wird das Komitee gemeinsam mit dem Präsidenten die Streikfrage besprechen.

Die Direktor Julius S. Barmore vom Büro der Eisenbahntariffrage sagt, beizien die Bahnen infolge des Streiks täglich \$3,000,000 an Einkommen; der Totalverlust seit Beginn des Streiks, zieht man nur die sechs Tage in Betracht, in welchen der Streik ziemlich allgemein war, beträgt sich auf \$18,000,000. Der angeordnete Nachschub ist nicht herein einbezogen.

Der Generalbundesanwalt hat nunmehr alles Beweismaterial gegen die Streikführer in Händen und die Distriktsbundesanwälte instruiert in geeigneter und planmäßiger Weise vorzugehen. Arbeiterführer in diesen Tagen, daß der Streik nunmehr in sich zusammenbrechen wird, ohne daß das Gesetz angerufen werden darf, die Weichensteller zur Rückkehr zur Arbeit zu zwingen. Jedoch ist E. C. Oberling, Präsident der Weichensteller Union, der Ansicht, daß den Führern des Streiks eine heilsame Lehre erteilt werden sollte, denn sonst könnten sich ähnliche Vorfälle leicht wiederholen. „Zahlreiche Aufwiegler sind unter den Arbeitern tätig gewesen und haben versucht, Unruhen zu stiften“, sagte er. „Ich habe versprochen, diesen Leuten zu feuern. Die Regierung war bisher der Meinung, daß es Sache der Führer der organisierten Arbeiter sei, die Angelegenheit zu schlichten und die Streiker zu veranlassen, den abgeschlossenen Kontrakt einzuhalten. Zwei Wege gibt es, die Streiker zur Nachsicht zu zwingen: Erstens einen Einhaltsbefehl gegen sie zu erlassen und zweitens die Streiker einzusperrn. Was die Regierung in diesem Sinne beabsichtigt, entzieht sich vorläufig meiner Berechnung. Ich weiß nur, daß Distriktsanwalt Clyde dahier mit dem Führer der Streiker John Grunau eine Konferenz gehabt hat.“

In San City und Ludington, Mich., sind die Streiker zur Arbeit zurückgekehrt. Weichensteller in Spokane haben sich geweigert, sich den Streikern anzuschließen.

Aus allen Teilen des Landes lauten Meldungen ein, daß sich die Lage in den Bahnhöfen bessert; schlimm aber ist die Lage immer noch in dem New York District, wo nur eine geringe Zahl Streiker die Arbeit wieder aufgenommen hat.

Vielleicht nur ein bloßes Gerücht

Bayerische Jankepartei plant angeblich eine Loslösung von Preußen.

Genf, 14. April.—Die sozialistische Münchener Post hat durch Veröffentlichung eines Berichts über eine geheime Versammlung bayerischer Janke- und Militaristen eine Denonstion hervorgerufen. Bei dieser Versammlung führte Herr v. Schöb den Vorsitz, und es wurden die Fragen der Spaltung Deutschlands in zwei Teile und eine Kriegserklärung gegen Preußen besprochen. Frankreich sollte um Beistand angerufen werden.

Gauptmann Verthold, sagt die Münchener Post, protestierte, indem er sagte, daß die bayerischen Generale von demselben Schicksal ereilt werden würden, wie die russischen Anti-Volksherrschaftler Koldak und Demine. Er fügte seinen Worten hinzu, daß ein weiterer Krieg mit Frankreich in naher Zukunft unausweichlich sei, deshalb müßte Deutschland einig sein und bleiben. Mehrere andere Offiziere und Politiker teilten seine Meinung.

Hält Wilson für hohe Zunderpreise verantwortlich

Washington, 14. April.—Buder würde nicht über 11 Cents das Fund kosten, wenn Präsident Wilson im letzten August der Zunderbehörde das Recht gegeben hätte, die Ernte von Cuba und Louisiana anzukaufen, erklärte der Vorsitzende der Zunderbehörde dem Untersuchungskomitee des Hauses. Das Generalamt Palmer den Zunderbörzern von Louisiana einen Preis von 17 Cents für ihre Erzeugnisse erlaubte, hatte die Preisbildung aller anderen Zundererzeugnisse auf 15 Cents begrenzt. Die Zunderbehörde plante, die Ernte Cubas für etwa 6.5 Cents zu kaufen. Die Ernte von Louisiana wurde für 15 Cents angeboten. Die Behörde wollte verhindern, daß der Preis des Gesamtbedarfs der Nation von 4,000,000 Tonnen jährlich durch die 125,000 Tonnen von Louisiana in die Höhe getrieben werden.

Soldaten-Prämien Vorlage vor dem Hause

Washington, 14. April.—Die republikanischen Führer im Haus und Senat beabsichtigen, die Vorlage zur Gewährung von Prämien an Kriegsveteranen sofort in Angriff zu nehmen, damit das Gesetz unter Dach und Fach gebracht werden kann, ehe der Kongreß sich wegen der Parteikonventionen vertagt. Senator Lodge hat das Mittel- und Wegekomitee des Hauses benachrichtigt, daß der Senat die Vorlage im Mai beenden könne, wenn das Haus sie bis zum ersten Mai einreicht. Infolgedessen wird die Komiteevorlage dem Hause sofort eingereicht werden. Darin wird bestimmt, daß etwa 3,000,000 Mann eine Prämie von \$1 für jeden Tag erhalten, den sie im Dienst standen.

Kongreß mag sich am 5. Juni vertagen

Washington, 14. April.—Nach einer Konferenz zwischen Senator Lodge, Massachusetts, und dem Abgeordneten Rondell, Wyoming, Führer der Republikaner im Senat, teilte im Laufe der letzten Tage die Meinung, daß sich der Kongreß wahrscheinlich am 5. Juni vertagen werde. Nach seiner Meinung werden alle Bewilligungsmassnahmen am 15. Mai und alle anderen wichtigen Vorlagen bis zum 1. Juni erledigt werden.

Für Omaha und Umgegend Unbestimmt, mit wahrscheinlichen Schauern heute abend

Für Nebraska — Unbestimmtes Wetter mit wahrscheinlichen Schauern heute abend oder Donnerstag, wärmer heute abend. Für Iowa — Unbestimmtes Wetter mit wahrscheinlichen Schauern am Donnerstag und im westlichen Teil heute abend, wärmer heute abend und im südlichen Teil am Donnerstag.